



Fatales Giesskannen-Prinzip mit «AHVplus»

Warum schwächt die AHV-Initiative des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes die AHV anstatt sie zu stärken? Unser Faktenblatt gibt Antworten.

Die Initiative «AHVplus» des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes fordert 10 Prozent mehr AHV für alle. Denn die AHV-Renten seien seit 40 Jahren nicht mehr grundsätzlich erhöht worden. Die heutigen Renteneinkommen würden in vielen Fällen nicht mehr für ein anständiges Leben im Alter reichen. Die 1. Säule, die AHV, müsse deshalb gestärkt werden. Wenn der Existenzbedarf der Rentnerinnen und Rentner angemessen gedeckt sei, sollen laut Initianten auch weniger Personen auf Ergänzungsleistungen angewiesen sein. Die Initiative muss laut Bundesrat und Parlament aus drei Gründen abgelehnt werden:

AHV sichern statt gefährden

2014 hat die AHV mehr ausgegeben als eingenommen. Verantwortlich dafür ist der demografische Wandel. Einerseits sind die Geburtenraten seit Jahrzehnten tief und andererseits werden die heutigen Rentnerinnen und Rentner älter als je zuvor. Das ist erfreulich, führt aber dazu, dass eine AHV-Rente länger ausbezahlt wird. Zudem kommen die Babyboomer, die geburtenstarken Jahrgänge zwischen Mitte 1950er- und 1960er-Jahre, ins Pensionsalter und weniger Junge steigen neu in den Arbeitsmarkt ein. Das heisst: Immer mehr Pensionierte bekommen eine AHV-Rente, während immer weniger Berufstätige Beiträge dafür bezahlen. Wenn wir keine Gegenmassnahmen ergreifen, fehlen bis 2030 jährlich rund 7,5 Milliarden Franken im AHV-Topf.

Damit Berufstätige und Rentnerinnen und Rentner noch lange etwas von der AHV haben, braucht es eine Gesamtreform der Altersvorsorge und nicht eine pauschale Rentenerhöhung für alle.

Pauschale Rentenerhöhungen kosten Milliarden

Laut Initiative sollen alle Rentnerinnen und Rentner 10 Prozent mehr AHV erhalten – egal ob sie finanziell darauf angewiesen sind oder nicht. Diese Verteilung nach dem Giesskannenprinzip ist falsch und teuer. Bei einem Ja zur Initiative müssten wir 2030 jährlich bis zu 5,5 Milliarden Franken mehr für die AHV bezahlen als heute. Hinzu kommen die 7,5 Milliarden Franken, die auch ohne Initiative schon fehlen. Damit müssten wir alle Jahr für Jahr ein Loch von 13 Milliarden Franken stopfen. Laut Initianten sollen das die Berufstätigen und Arbeitgeber über höhere Beiträge bezahlen. Es darf aber nicht sein, dass diese Milliarden einfach auf die Kreditkarte der Jungen gebucht werden! Das ist kurzsichtig und unfair. Denn heute sind mehr junge Familien von Armut betroffen als Rentner.

Von der Initiative profitieren die Falschen

Die AHV ist das grösste solidarische Sozialwerk der Schweiz. Jene die viel verdienen, zahlen über die festen Lohnbeiträge deutlich mehr in die AHV ein, als sie im Alter je zurückerhalten. Sie tragen somit wesentlich zu den Renten jener Personen bei, die finanziell nicht so weich gebettet sind. Das ist richtig so! Ganz im Gegenteil zur Initiative der Gewerkschaften, die absurde Folgen für Leute mit tiefen Einkommen haben kann. Wer heute Ergänzungsleistungen erhält, weil er von den Renteneinkommen aus AHV und beruflicher Vorsorge sowie seinem Vermögen nicht leben kann, verliert mit der Initiative. Denn steigt die AHV, werden die Ergänzungsleistungen gekürzt. Die Rentner hätten zum Schluss nicht mehr im Portemonnaie als zuvor. Personen, die dank der zusätzlichen AHV-Rente nicht mehr auf Ergänzungsleistungen Anspruch hätten, wären finanziell sogar schlechtergestellt. Denn AHV-Renten sind im Gegensatz zu Ergänzungsleistungen steuerpflichtig. Zudem fallen auch Prämienverbilligungen bei der Krankenkasse und andere Vergünstigungen weg, wenn man nicht mehr Anspruch auf Ergänzungsleistungen hat.

Will man den Personen mit tiefen Renten helfen, ist diese Initiative definitiv der falsche Weg. Sie begünstigt vielmehr jene Rentnerinnen und Rentner, die nicht auf eine AHV-Erhöhung angewiesen sind und belastet im Gegenzug die Arbeitstätigen – insbesondere jüngere Familien und Alleinerziehende – übermässig.

Mehr Argumente und Informationen gegen die AHV-Initiative finden Sie unter www.ahv-initiative-nein.ch.

Wettbewerbsfähige Finanz- und Steuerpolitik



Gesunde Staatsfinanzen stärken das Vertrauen in den Standort. Die Schweiz hat hier vieles richtig gemacht. Das gilt auch für ihre Steuerpolitik, die auf ein wettbewerbsorientiertes System setzt.